



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/82 - 9.4.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

West-Ostklärung im Vorstadium	S. 1
Nach René Mayer's Rückkehr	S. 3
Deutsch-britische Begegnung in Königswinter	S. 4

Schritt für Schritt

P.R. Mit den Sowjets wird man nur nach der Schritt-für-Schritt-Methode weiterkommen können. Die Absicht, dem anderen "auf halbem Wege entgegenzukommen" ist von beiden Seiten geäußert worden, zunächst von Eisenhower, später von Wyachinski, beide Male freilich aus anderem Anlass. In jedem Fall wird es sich aber, will man eine wirksame und dauerhafte Entspannung erreichen, um ein wirkliches Entgegenkommen beider Seiten handeln müssen.

Der Bundeskanzler hat in Washington vor der Internationalen Presse vorgeschlagen, "die Ehrlichkeit der russischen Gesten durch die Erneuerung der seit langem bestehenden Vorschläge des Westens zu untersuchen". Genannt werden dann: gesamtdeutsche freie Wahlen, die Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands (die ja aber erst das Ziel der ganzen Unternehmen sein soll) und die Freilassung von rund dreihunderttausend Kriegsgefangenen.

Ist nun aber die bloße Erneuerung seit langem bestehender Vorschläge ein Entgegenkommen, das über den gegenwärtigen Stand der Dinge hinausführen kann? Wenn es notwendig sein sollte, zunächst eine Viermächte-Vereinbarung über gemeinsame freie Wahlen zustandezubringen, könnte bei ihr nicht gleichzeitig zumindest in Umrissen der künftige völkerrechtliche Status eines wiedervereinigten Deutschlands sichtbar gemacht werden? Denn es

wird in der Entwicklung doch vor allem darauf ankommen, das russische Einverständnis zu dem ganzen Verfahren zu erhalten. Wie es zu erreichen wäre, wenn von vornherein auf vorbehaltlosen Einschluss Deutschlands in ein westliches Kollektivsystem hintaktiert wird, bleibt schleierhaft.

Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, und der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, haben am gleichen Tage konkrete Vorschläge darüber gemacht, was nach sozialdemokratischer Auffassung in der gegenwärtigen Situation von den Sowjets zugestanden werden müsste, wenn man zu einem einigermaßen aussichtsvollen Gespräch über alle anderen Fragen kommen will. Sie beziehen sich nach der Schritt-für-Schritt-Methode zunächst ausschliesslich auf die Behandlung der sowjetischen Besatzungszone und, in einem Punkt, den Ollenhauer anschnitt, auf Berlin. Ihr Kern ist die zunächst möglichst weitgehende Normalisierung der Verhältnisse dieser Zone und ihrer Beziehungen und Verbindungen zu Westdeutschland. Das sind Punkte, die unmittelbar das Interesse des Einzelnen betreffen, sozusagen die menschliche Seite des hochpolitischen Problems. Hier könnten die Sowjets wirkliches Entgegenkommen zeigen, ohne dass sie eine Prestigeeinbusse zu befürchten hätten.

Die weitere Frage ist dann aber auch, wie weit der Westen Beweglichkeit zeigen kann und will. Sie braucht nicht im geringsten mit einem Nachlassen der äussersten Wachsamkeit gegenüber dem Kreml verbunden zu sein. Aber sie ist unvereinbar mit einem "Auf-der-Stelle-treten mit Verträgen, die zu einer Verhärtung des Status Quo führen müssen", wie Wehner es formuliert hat. Hier beginnt sogar erst die eigentliche politische Aufgabe. Mit anderen Worten "ist es jetzt an der Zeit, den einladenden Gesten Moskaus mit Forderungen zu begegnen, welchen die Sowjetunion leicht zustimmen könnte, wenn sie es ernst meint", wie Walter Lippmann schrieb.

Das Misstrauen gegenüber den Sowjets ist in der westlichen Welt allgemein und voll gerechtfertigt. Es wird für lange Zeit, vielleicht für immer, ein wesentliches Element jeder Politik sein, die mit den Sowjets in Berührung kommt. Aber dieses Misstrauen darf nicht ausschliesslich jede Überlegung bestimmen und jeden Impuls zu einer Vereinbarung abtöten. Politik im eigentlichen Sinn des Wortes beginnt dort, wo man trotz allem Misstrauen mit diesen gefährlich und schwerdurchsichtigen Gegenspieler weiterkommen will, Schritt für Schritt und ohne den Griff zu den Waffen.

Bilanz einer Reise

GS.Paris, Anfang April

Die französischen Minister sind eben aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, doch erscheint es bereits möglich, eine kurze Bilanz einer Reise zu ziehen, die nicht gerade mit grosser Begeisterung angetreten wurde. Ministerpräsident René Mayer kam in die USA mit grossen Plänen, die jedoch kühl aufgenommen wurden. Kein Mensch spricht heute mehr von der von ihm vorgeschlagenen internationalen Wirtschaftskonferenz, niemand auch von den amerikanischen Investitionen, von lang- und kurzfristigen, sowie von der amerikanischen Teilnahme am französischen Wohnungsbauprogramm.

Es scheint sogar, dass die Amerikaner erstaunt waren, von diesen Dingen zu hören: klar und kühl wurde den französischen Emissären bedeutet, dass für kurz- und langfristige Kredite der Kongress und dieser allein zuständig sei. Eisenhower und Foster Dulles interessierten sich nur für zwei Dinge: für den EVG-Vertrag und für den Krieg in Indochina.

Was den ersten Punkt anbelangt, so konnte René Mayer zwar auf die Annahme der französischen Zusatzprotokolle im Interimsausschuss hinweisen, musste sich jedoch von den Amerikanern gefallen lassen, dass Adenauer als Beispiel für "gutes Europäertum" zitiert wurde - bittere Pille für ein Land, das alle "europäischen Initiativen" gestartet hat. René Mayer versprach zwar, alles zu tun, um die Ratifizierung des EVG-Vertrages durchzusetzen. Aber konnte er es mit gutem Gewissen tun? Der Schatten Adenauers war bei den französisch-amerikanischen Besprechungen zugegen: und hinzu kommt jetzt die sowjetische "Friedensoffensive", die in Frankreich auf besonders günstigen Boden fällt.

René Mayer versprach mit desto grösserer Lautstärke, das Saarproblem in den Vordergrund zu stellen. In Washington wurde viel über das Saarproblem gesprochen. Doch scheint es, dass in Washington die Bedeutung dieses Problems kaum verstanden wurde. Es ist nicht von ungefähr, dass sich heute einige französische Zeitungen, die früher in der Saarfrage stur und unnachgiebig waren, die Frage stellen, ob es nicht angebracht sei, die Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit vermitteln zu lassen... Aber nach wie vor ist die offizielle

These: "Europäisierung", aber bei Beibehaltung der wirtschaftlichen Vorrechte Frankreichs.

Über das indochinesische Problem wurde anscheinend volles Einverständnis erzielt. Die Vereinigten Staaten haben die französische These von der Weltbedeutung der indochinesischen Front voll anerkannt. Die Bemerkung im Kommuniqué, dass Frankreich eine "Weltmacht" sei, ist ein Zugeständnis an die französische Eigenliebe. Es ist klar, dass Frankreich für die im Krieg in Indochina zugesagte grössere USA-Hilfe mit politischen Konzessionen bezahlen muss: in dem Masse, in dem Indochina nicht mehr nur als französisch-indochinesische Front, sondern als ein Abschnitt im allgemeinen Ringen zwischen West und Ost betrachtet wird, werden die Vereinigten Staaten, als Eckpfeiler der demokratischen Welt, grösseren Einfluss auf das Gesamtgeschehen in Indochina nehmen.

Fraglich bleibt allerdings, ob die amerikanische Zusage wirklich als Erfolg für Frankreich zu werten ist. Wie gross auch diese Hilfe sein mag, so kann Frankreich diesen Krieg finanziell nicht durchhalten. Es ist auch nicht imstande, seine Rolle als "Weltmacht" zu erfüllen, d.h. alle verfügbaren Truppen und Kader in Indochina einzusetzen, ohne in Europa die "vocation" zu verlieren, von der in Paris so viel die Rede ist.

+ + + +
Deutsch-englisches Gespräch in Königswinter

H.P. Die Bundesregierung hat sich in den letzten zwei Jahren fast nur mit der Schaffung von Kleineuropa beschäftigt. So blieb wenig Zeit, das Verhältnis zu den anderen europäischen Staaten so zu gestalten, wie es für die Einigung ganz Deutschlands wünschenswert gewesen wäre. Die deutsche Sozialdemokratie hat bekanntlich von Anfang an der Diskussion über die Einigungsbestrebungen in Europa darauf hingewiesen, wie notwendig die Einbeziehung der skandinavischen Länder und Grossbritanniens für die Gesundung der europäischen Politik ist. Aus diesem Grunde ist es besonders zu begrüssen, wenn die Gelegenheit gegeben wird, für alle an diesen Fragen interessierten Persönlichkeiten so oft wie möglich zu Gesprächen zusammenzukommen.

Freilich hat es in den letzten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg an internationalen Konferenzen nicht gefehlt. Das Bedürfnis, über die nationalen Grenzen hinaus miteinander ins Gespräch zu kommen, ist beträchtlich gewachsen. So hat es auf allen Ebenen Gespräche gegeben,

wobei vielleicht der Schluss zulässig ist, dass nicht immer die ganz offiziellen Konferenzen auf höchster Regierungsebene die erfolgreichsten waren. Im vergangenen Jahr war es das Verdienst der Deutsch-Englischen Gesellschaft, bedeutende englische und deutsche Parlamentarier, Journalisten, Wissenschaftler und andere zu einem Gespräch zusammenzuführen, das ein aussergewöhnlich starkes Echo in beiden Ländern hinterliess. Ermutigt durch diesen Versuch findet nun vom 9.-13. April in Königswinter ein zweites deutsch-englisches Gespräch statt. Wiederum werden ca. einhundert englische und deutsche Politiker sich darum bemühen, die Ansichten, die in beiden Ländern vorherrschend sind, kennen und verstehen zu lernen.

Das Thema dieser Begegnung lautet "Europäische Integration und die atlantische Gemeinschaft". Es ist ein weitgesteckter Rahmen, der es zulassen wird, die besondere Problematik der zwei Länder zu behandeln. Für England liegt die Besonderheit darin, dass es neben oder vor der Verpflichtung für Europa die traditionellen Bindungen an die Domänen und Kolonien zu berücksichtigen hat. Die Bundesrepublik hat andererseits ebenfalls Sorge dafür zu tragen, dass kein Zusammenschluss europäischer oder internationaler Art die Wiederherstellung der deutschen Einheit, sowie die Lösung der Saarfrage und die friedliche Wiedergewinnung der Ostgebiete verhindert.

Man hat für diese Konferenz die Form der Aufteilung in Studiengruppen gewählt, um durch freimütige Diskussionen an den Kern der Probleme heranzukommen und sich nicht zu reinen Deklamationen verleiten zu lassen. Der Kreis der Teilnehmer ist von beiden Ländern so ausgewählt, dass die Gewähr gegeben ist, die wichtigsten politischen Meinungen zum Ausdruck bringen zu lassen. Von englischer Seite aus nehmen führende Mitglieder der Konservativen und der Labour Party teil, ebenso wie deutscherseits prominente Bundestagsabgeordnete der Koalition und der Opposition in Königswinter zusammentreffen werden.

Angesichts der sich schnell verändernden Weltlage wird es für die deutsche Seite besonders darauf ankommen, mit ihren englischen Gesprächspartnern Bedingungen und Formen zu diskutieren, unter denen Grossbritannien es möglich gemacht werden sollte, sich an einer europäischen Gemeinschaft zu beteiligen. Auch die Einwände der deutschen Sozialdemokraten gegen den EWG-Vertrag und die von Ollenbauer entwickelten Vorschläge werden sicher eine gute Grundlage geben, die von einem grossen Kreis englischer und deutscher Teilnehmer akzeptiert werden kann.